

Besatzung kennt Regeln der Menschlichkeit

Was Europa zur Achtung des
Völkerrechts in Nahost tun kann

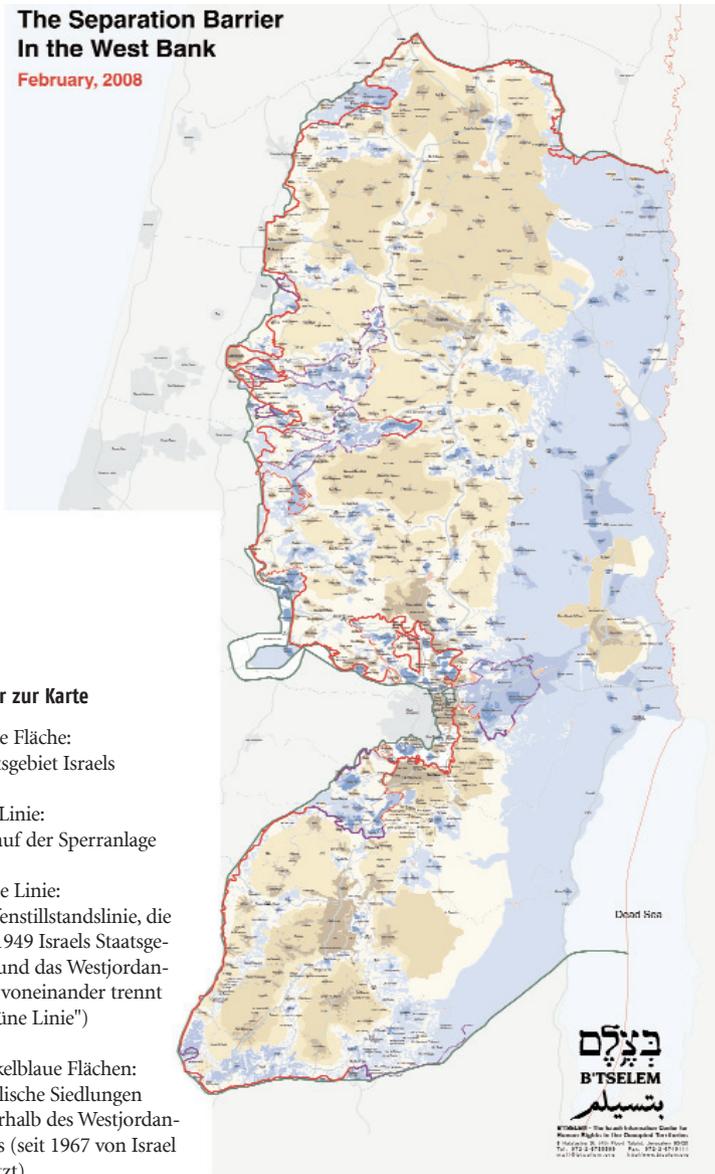


Leben unter Besetzung: Alltag in den palästinensischen Gebieten

Erst wenige Jahre ist es her, dass sich Olivenbauer Hissam und seine Familie in der Westbank ein Haus gebaut haben - mit einem herrlichen Blick über ihren Olivenhain. Heute führt eine Sperranlage mitten durch ihr Land. Israels Regierung ließ sie bauen - mit der Begründung, dass die israelische Bevölkerung vor Angriffen militanter Palästinenser geschützt werden muss. Auch die israelischen Siedler in der Westbank, dem besetzten Westjordanland, wollte die Regierung abschirmen. Die Folge: Mauern und Zäune ziehen sich tief in das palästinensische Gebiet hinein.

The Separation Barrier In the West Bank

February, 2008



Glossar zur Karte

- weiße Fläche:
Staatsgebiet Israels
- rote Linie:
Verlauf der Sperranlage
- grüne Linie:
Waffenstillstandslinie, die seit 1949 Israels Staatsgebiet und das Westjordanland voneinander trennt ("Grüne Linie")
- dunkelblaue Flächen:
israelische Siedlungen innerhalb des Westjordanlands (seit 1967 von Israel besetzt)

Für Hissams Familie ist die Sperranlage ein schwerer Schlag: Ihr Haus ist vom Hain getrennt, den größten Teil der Oliven kann die Familie nicht ernten. Denn die israelischen Soldaten öffnen nur selten das Tor, das Hissam den Weg zu seinem Land ebnet. "Wir sind am Ende", sagt Hissam. "Wie sollen wir leben ohne unsere Bäume? Und welche Zukunft erwartet unsere Kinder?"

Die Absperrung aus Mauern und Zäunen zieht sich seit 2002 durch Teile der Westbank. Zwischen ihr und der Grünen Linie ist militärisches Sperrgebiet entstanden. Auch Khalidas Dorf liegt hier. Die vielen Barrieren machen der Geschäftsfrau zu schaffen. Anders als Hissam hat Khalida ihr Land behalten. Doch: Der Weg zum Markt, auf dem sie ihre Waren verkauft, ist oft versperrt. "Der Markt liegt jenseits des Zaunes, und manchmal muss ich stundenlang warten, bis die Soldaten das Tor öffnen, das aus dem Sperrgebiet herausführt", sagt sie. "Dann ist der Markttag schon vorbei, und meine Ware ist verdorben".

Hoffnung in der Not: Die Menschenrechtsorganisation HaMoked

Viele Palästinenser, denen es ergeht wie Khalida und Hissam, wenden sich in ihrer Not an die israelische Menschenrechtsorganisation HaMoked. HaMoked, ein Partner von EED und MISEREOR, unterstützt jedes Jahr tausende Familien dabei, für ihr Recht zu streiten. Oft geht es darum, Widerspruch einzulegen, wenn Menschen durch die Besetzung in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind. HaMoked nimmt Kontakt zu den verantwortlichen Behörden oder Militärstellen auf. Manchmal hilft schon ein Anruf, und die Betroffenen können den Checkpoint passieren. Doch oft ziehen sich die Fälle über Jahre hin - zum Beispiel, wenn ein Ehepartner in Ost-Jerusalem lebt und der andere im Gazastreifen. Bis die Familie zusammengeführt ist, muss sie sich einer zermürbenden Zerreißprobe unterziehen - und HaMoked einer langwierigen Auseinandersetzung mit der israelischen Justiz. Für HaMoked-Leiterin Dalia Kerstein steht eines fest: "Israel hat das Recht, seine Bürger zu schützen. Aber die Absperrungen müssen entlang der Grünen Linie verlaufen - und nicht auf palästinensischem Gebiet".



"Die geschützten Personen haben unter allen Umständen Anspruch auf Achtung ihrer Person, ihrer Ehre, ihrer Familienrechte, ihrer religiösen Gepflogenheiten, ihrer Gewohnheiten und Gebräuche. Sie werden jederzeit mit Menschlichkeit behandelt und insbesondere vor Gewalttätigkeit oder Einschüchterung (...) geschützt".

Art. 27, Vierte Genfer Konvention

"Wir wachen morgens auf und schauen aus dem Fenster - und jeden Tag sehen wir das Gleiche: das Land, das uns genommen wurde. Wenn einem das Land genommen wird, vergisst man es nicht. Es ist kein einmaliger Akt der Gewalt, der irgendwann vorüber ist. Wir alle leben mit dieser Gewalt, jeden Tag neu."

Abu Abdallah, Bewohner eines Dorfes in der Westbank

Die Realität der besetzten Gebiete: Siedlungen, Checkpoints, Sperranlagen

Zäune und Mauern sind nicht die einzige Einschränkung für die Bevölkerung: Innerhalb der gesamten Westbank ist die Bewegungsfreiheit der Menschen durch Checkpoints, Straßensperren und Erdwälle begrenzt. Wo eine traditionelle Straße auf eine Siedlerstraße stößt, endet für die meisten Palästinenser die Fahrt. Oft erreichen sie nur durch einen langen und mühsamen Umweg ihr Ziel.

Über 500 Barrieren lähmen heute das Leben von Palästinenserinnen und Palästinensern - während sich israelische Bürger auf modernen Ausbaustraßen frei zwischen den Siedlungen bewegen können, die auf beschlagnahmten Grundstücken errichtet wurden.

"Der Weg zur Arbeit, zu Kunden oder zur Universität wird oft zum stundenlangen Hindernislauf - mit ungewissem Ausgang", sagt Dalia Kerstein. "Selbst die Teilnahme an einer Hochzeit oder Beerdigung scheitert oft in letzter Minute. Die Menschen können ihr Leben nicht mehr planen".

Über 120 israelische Siedlungen gibt es nach offiziellen Statistiken in der Westbank, zwölf in Ost-Jerusalem. Sie kontrollieren 42% des palästinensischen Bodens. In den besetzten Gebieten leben inzwischen neben 2,5 Mio. Palästinensern etwa 450.000 israelische Bürger. Ein Teil von ihnen wird von religiösen oder nationalen Motiven geleitet, die Mehrzahl aber lockten Steuervorteile in das besetzte Gebiet. Palästinenser dürfen sich im Einzugsbereich der Siedlungen nicht aufhalten, sie dürfen kein Ackerland erwerben und keine Häuser bauen.



Besatzung kennt Regeln der Menschlichkeit: Das humanitäre Völkerrecht

Dürfen Zivilisten in einem besetzten Gebiet so behandelt werden? Hat eine Besatzungsmacht das Recht, Siedlungen und Sperrmauern zu bauen und die einheimische Bevölkerung Blockaden und Kollektivstrafen auszusetzen? Nein - so sagt das international anerkannte humanitäre Völkerrecht. Besonders die Vierte Genfer Konvention hat die Zivilbevölkerung im Blick, die sich in einer Besatzungssituation befindet.

Besatzung - das ist nach geltendem Völkerrecht die Zeit zwischen dem Ende eines bewaffneten Konflikts und dem Inkrafttreten eines Friedensvertrags. Während dieser Zeit übernimmt die Besatzungsmacht Verantwortung für die Zivilbevölkerung. Sie verwaltet das fremde Territorium, sorgt für öffentliche Ordnung und für die Grundversorgung der Menschen. Sie hat zwar Kontrolle über das besetzte Land - aber sie hat nicht das Recht, es zu behandeln wie eigenes Staatsgebiet. Sie darf es nicht annektieren oder besiedeln.

Genau dies ist aber geschehen. Entgegen den internationalen Bestimmungen hat Israel Teile seiner Bevölkerung in besetztem Gebiet angesiedelt. Die Politik der Landnahme und Abriegelung der palästinensischen Gebiete hat zu einer Destabilisierung der Region geführt. Auf beiden Seiten leben die Menschen heute in Angst vor Gewalt - durch den israelischen Staat und durch radikale Palästinenser, die ihrerseits das wichtigste Grundprinzip des humanitären Völkerrechts missachten: dass unbewaffnete Zivilisten niemals Ziel militärischer Gewalt sein dürfen.

Die israelische Besetzung: Welche Rolle spielt Europa?

Für die Direktorin von HaMoked, Dalia Kerstein, ist klar: Wenn eines Tages Frieden herrschen soll in der Region, muss sich auch die internationale Staatengemeinschaft engagieren. "Es würde uns helfen, wenn Europa die Einhaltung des Völkerrechts klarer einfordern würde", sagt sie.



"Menschenrechte und Sicherheit schließen sich nicht wechselseitig aus. Es ist nicht nur möglich, es ist sogar zwingend notwendig, beide zugleich zu schützen: die Sicherheit israelischer Zivilisten und die Menschenrechte palästinensischer Zivilisten, die unter Israels Kontrolle leben."

Risa Zoll, B'Tselem, Jerusalem
EED- geförderte israelische
Partnerorganisation

Eine kurze Geschichte der Besetzung

- 1967** Im Sechstagekrieg besetzt Israel die palästinensisch bewohnten Gebiete Westbank und Gazastreifen. Ost-Jerusalem wird annektiert. Bei Bethlehem entsteht die erste israelische Siedlung im besetzten Westjordanland.
- 1987** Die Intifada - der Aufstand der Palästinenser gegen die israelische Besetzung - bricht aus.
- 1991** Im Zuge des ersten Golfkriegs wird den Bewohnern der besetzten Gebiete der Zugang nach Israel nur noch mit Passierscheinen gestattet. Ein System von Checkpoints entsteht, das die besetzten Gebiete von Israel trennt.
- 1993** Im Oslo-Prozess übergibt Israel einen Teil seiner Hoheitsfunktionen als Besatzungsmacht an die Palästinensische Behörde.
- 1994** Militante Palästinenser beginnen, gezielt Bombenanschläge und Selbstmordattentate gegen israelische Zivilisten zu richten.
- 1999** Der Oslo-Prozess läuft aus, ohne dass eine Zweistaatenlösung realisiert ist. Israel baut seine Siedlungen in den besetzten Gebieten massiv aus.
- 2000** Nach dem Ausbruch der Zweiten Intifada im September wird die Abriegelung von Straßen und Wohngebieten innerhalb der besetzten Gebiete intensiviert.
- 2002** Der Bau von Sperranlagen, die größtenteils innerhalb der Westbank verlaufen, beginnt. Dies führt zur de-facto-Annexion des Landes, das zwischen der Waffenstillstandslinie von 1949 und der Mauer liegt.
- 2005** Im August zieht sich Israel aus dem Gazastreifen zurück, behält aber die Kontrolle über Grenzen, See- und Luftraum, Wasser- und Stromversorgung, Post und Telekommunikation.
- 2006** Als Reaktion auf den Wahlsieg der Hamas setzen Israel und die internationale Gemeinschaft ihre Zahlungen an die Palästinensische Behörde aus. Die Versorgung der Bevölkerung ist nicht mehr gewährleistet. Während des Libanonkrieges setzt Israel massive militärische Gewalt gegen Zivilisten im Gazastreifen ein.
- 2007** Israel riegelt den Gazastreifen nach der Machtübernahme der Hamas komplett ab. Gaza wird zu "feindlichem Territorium" erklärt und unter Blockade gestellt. Die humanitäre Krise verschärft sich.
- 2008** Israel beantwortet den Beschuss der israelischen Städte Sderot und Ashkelon mit Luftangriffen auf zivile Ziele in Gaza. Über 100 Menschen werden in wenigen Tagen im Gazastreifen getötet.



Die Vierte Genfer Konvention

Die Vierte Genfer Konvention von 1949 ist das internationale Abkommen zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten und unter Besatzung. Sie will sicherstellen, dass die Zivilbevölkerung in besetzten Gebieten ihr gewohntes Leben unter menschenwürdigen Bedingungen fortsetzen kann. Israel verstößt mit seinen Besatzungsmaßnahmen gegen folgende wichtige Artikel:

- Art. 33: "Kollektivstrafen sowie jede Maßnahme zur Einschüchterung oder Terrorisierung sind untersagt"** Eine Besatzungsmacht hat das Recht, wirkungsvoll gegen bewaffnete Gruppen und Einzeltäter vorzugehen. Checkpoints und Straßensperren in der Westbank oder die Blockade des Gazastreifens mit Militärschlägen auf bewohnte Gebiete bestrafen aber die gesamte Zivilbevölkerung.
- Art. 47: "Geschützte Personen in besetzten Gebieten dürfen nicht benachteiligt werden, (...) weder als Ergebnis einer Gebietsbesetzung (...) noch durch irgendeine teilweise oder völlige Annexion des besetzten Territoriums"** Ost-Jerusalem wurde formell von Israel annektiert, das militärische Sperrgebiet zwischen Grüner Linie und Sperrmauer de facto.
- Art. 49: "Die Besatzungsmacht darf nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet verschleppen oder verschicken"** Die israelische Regierung fördert aktiv den Ausbau von israelischen Siedlungen in der Westbank.
- Art. 53: "Es ist der Besatzungsmacht untersagt, bewegliches oder unbewegliches Vermögen zu zerstören, das (...) Privatpersonen oder dem Staat (...) gehört"** Siedlungen und Sperranlagen sind zum Teil auf palästinensischem Familienbesitz gebaut. Viele Häuser und Felder wurden zerstört.

Doch welche Rolle spielt die Europäische Union im israelisch-palästinensischen Konflikt? Hat die EU tatsächlich Handlungsmöglichkeiten? Ja. Die EU ist mitverantwortlich dafür, dass in den palästinensischen Gebieten die Mindeststandards einer Besatzung eingehalten werden. Denn: Europäisches Recht basiert auf dem Völkerrecht. Die EU muss dieses Recht umsetzen - und ist dabei auf die Mitwirkung seiner Partner angewiesen.

Im politischen Dialog mit Vertretern aus Israel und den palästinensischen Gebieten betonen die EU-Mitgliedstaaten zwar, dass geltendes Völkerrecht beachtet werden müsse. Doch bei der praktischen Umsetzung von Verträgen akzeptiert die EU immer wieder Verstöße gegen das Völkerrecht. So kritisiert sie zum Beispiel den Bau von Siedlungen und Sperranlagen. Aber: Sie nimmt stillschweigend hin, dass Israel seine Verträge mit der EU auch auf Siedlungen und annektierte Gebiete ausdehnt. Dadurch sind bis heute viele EU-Fördermittel in völkerrechtswidrige Siedlungen geflossen.

Dabei hat die EU selbst Instrumente geschaffen, mit denen sie die Einhaltung internationalen



Rechts konsequenter einfordern kann. Im Jahr 2004 wurde im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung die "Europäische Nachbarschaftspolitik" (ENP) aus der Taufe gehoben. Sie hat das Ziel, politische und wirtschaftliche Gräben zwischen der EU und ihren Nachbarn in den Mittelmeerländern zu überwinden. In bilateralen Verträgen gibt die ENP auch Israel und der Palästinensischen Behörde Anreize für Reformen - unter anderem im Bereich der



Menschenrechte und des internationalen Rechts. Hierdurch eröffnet sie neue Chancen, ihre Partner in Nahost zur Umsetzung des Völkerrechts zu bewegen.

Forderung an die EU: Eigene völkerrechtliche Pflichten einhalten

EED und MISEREOR fordern, dass Deutschland sich für die Einhaltung des Völkerrechts in den EU-Außenbeziehungen engagiert. Deshalb haben die beiden Entwicklungswerke Anfang 2007 die "Gemeinsame Initiative Humanitäres Völkerrecht Nahost" gegründet. "Zusammen mit unseren Partnern in Israel und Palästina empfehlen wir der Bundesregierung Wege zu einer konsequenteren Achtung des humanitären Völkerrechts durch die EU", sagt MISEREOR-Geschäftsführer Martin Bröckelmann-Simon. "Denn nur wenn sie sich selbst an die gültigen Standards hält, kann die EU die Einhaltung des Völkerrechts im Nahen Osten glaubwürdig fördern".

EED und MISEREOR setzen sich dafür ein, dass die EU das geltende Völkerrecht in der Kooperation mit ihren Partnern in Nahost zur Geschäftsgrundlage macht. Statt Entgegenkommen zu zeigen, muss sie in ihrer Zusammenarbeit mit Israel und der Palästinensischen Behörde darauf achten, völkerrechtswidrige Maßnahmen nicht zu konsolidieren - sei es durch Anerkennung, Beihilfe oder Unterstützung.



"Ich bin meines Bruders Hüter - das ist unser Motto. Wir setzen uns ein für den Schutz der Schwachen und helfen ihnen, ihr Recht zu bekommen. Wenn Menschen lange ohne Rechte und Freiheit leben, bringt das nur Bitterkeit und Extremismus hervor."

Raffoul Rofa,
Society of St. Yves, Jerusalem
MISEREOR-geförderte palästinensische Partnerorganisation

Im Dialog mit der Bundesregierung vertreten EED und MISEREOR deshalb folgende Anliegen:

- Unternehmen und Forschungseinrichtungen in israelischen Siedlungen auf besetztem Gebiet oder im annektierten Ostteil Jerusalems dürfen nicht von der EU begünstigt werden. Für neue Kooperationsbereiche - zum Beispiel im Rahmen der ENP - müssen entsprechende Vorkehrungen getroffen werden.
- Produkte, die aus israelischen Siedlungen auf besetztem palästinensischen Gebiet oder im Ostteil Jerusalems stammen, müssen als solche gekennzeichnet werden, denn die Irreführung von Verbrauchern verstößt gegen EU-Recht.
- Humanitäre Hilfsleistungen der EU, die lebenswichtig für die Versorgung der palästinensischen Bevölkerung sind, müssen so umgesetzt werden, dass sie völkerrechtswidrigen Maßnahmen keinerlei Rechtswirkung verleihen.

Europa: Rückenwind für Partner in Nahost

Wenn die EU künftig das humanitäre Völkerrecht zum Maßstab ihres Handelns macht, erleichtert dies auch die Arbeit von Organisationen wie HaMoked, B'Tselem und Society of St. Yves. Israel würde durch konsequentes Handeln der EU immer wieder mit den Regeln des humanitären Völkerrechts konfrontiert - und dadurch wäre es auch für die Partner von EED und MISEREOR leichter, die Rechte der palästinensischen Bevölkerung durchzusetzen.

EED und MISEREOR bringen die Perspektive ihrer lokalen Partner in die europäische Debatte ein, denn ihr Beitrag zu Frieden und Gerechtigkeit ist von zentraler Bedeutung: "Die Arbeit von Organisationen wie HaMoked gibt den Menschen das Vertrauen in die Stärke des Rechts zurück - und die Hoffnung auf eine friedliche Zukunft", sagt EED-Vorstandsmitglied Claudia Warning. "Doch eine gerechte Zukunft wird es nur geben, wenn die Gewalt auf allen Seiten beendet wird. Dafür können auch wir in Europa etwas tun".



Und was können Sie tun?

Auf den Internetseiten von EED und MISEREOR können Sie folgenden Text herunterladen, der sich an den Bundesaußenminister richtet:



"Im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik werden die Beziehungen zu den Parteien des israelisch-palästinensischen Konflikts erweitert und vertieft werden. Die EU muss dabei ihre eigenen völkerrechtlichen Pflichten einhalten. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, geplante Kooperationsbereiche sorgfältig zu prüfen: Jede Zusammenarbeit mit Unternehmen und Institutionen, die ihren Sitz in Siedlungen in besetztem oder annektiertem Gebiet haben oder am Bau von Sperranlagen und deren Technologie innerhalb von besetztem Gebiet beteiligt sind, muss konsequent ausgeschlossen werden."

Anschrift:

Auswärtiges Amt, 11013 Berlin,
www.auswaertiges-amt.de

Wenn Sie sich im Internet informieren möchten:

Der **Evangelische Entwicklungsdienst e.V. (EED)** ist ein Entwicklungswerk der evangelischen Kirchen in Deutschland. Jedes Jahr fördert er etwa 300 Projekte und Programme in Afrika, Asien und Lateinamerika, in Ozeanien, Südosteuropa und im Kaukasus. Der EED vermittelt deutsche Fachkräfte in Projekte nach Übersee und vergibt Stipendien an Nachwuchswissenschaftler aus Partnerländern. In Deutschland unterstützt der EED die entwicklungspolitische Bildungsarbeit von 500 Gruppen und Gemeinden. Mit seiner Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit trägt er entwicklungspolitische Anliegen in Kirche und Gesellschaft.

www.eed.de/voelkerrecht-nahost

MISEREOR ist das Hilfswerk der deutschen Katholikinnen und Katholiken für die Armen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Es tritt für die Schwachen und Benachteiligten ein - ungeachtet ihrer Religion, Herkunft, Hautfarbe und ihres Geschlechts. MISEREOR fördert Kleinbauern, setzt sich für Menschenrechte ein, bildet Jugendliche in zukunftsfähigen Berufen aus und unterstützt Kleingewerbe mit Mikro-Krediten. Als politische Lobby der Benachteiligten setzt sich MISEREOR gegen unfaire Handelsbedingungen auf dem Weltmarkt ein und prangert ungerechte Gesellschaftsstrukturen in Entwicklungsländern an.

Seit 1958 hat MISEREOR mehr als 95.000 Entwicklungsprojekte in Afrika, Asien, Lateinamerika und Ozeanien mit über 5,5 Milliarden Euro gefördert.

www.misereor.de/voelkerrecht-nahost

Weitere Informationsquellen:

www.frauenetzwerknahost.de

www.euromedrights.org

Zu dieser Broschüre

Die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts liegen EED und MISEREOR besonders am Herzen. In ihrer "Gemeinsamen Initiative humanitäres Völkerrecht Nahost" machen sich die beiden Organisationen dafür stark, dass die EU in ihren Beziehungen zu den Konfliktparteien das international gültige humanitäre Völkerrecht anwendet.

Diese Broschüre gibt einen Einblick in die Situation der Menschen in den besetzten palästinensischen Gebieten und berichtet von der hoffnungsvollen Arbeit der Menschenrechtsorganisation HaMoked. Sie stellt die wichtigsten Bestimmungen des humanitären Völkerrechts vor und beleuchtet die Rolle der Europäischen Union bei der Durchsetzung dieses Rechts. Sie beschreibt die Anliegen, die EED und MISEREOR an die Bundesregierung haben - und gibt Anregungen, wie Sie sich für eine friedliche Zukunft in den besetzten palästinensischen Gebieten und in Israel einsetzen können.

Herausgeber

Evangelischer Entwicklungsdienst
Ulrich-von-Hassell-Str. 76
53123 Bonn
www.eed.de

Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.
Mozartstraße 9
52064 Aachen
www.misereor.de

Text: Birte Asja Detjen

Redaktion: Andrea Burkhardt, Maria Haarmann,
Christina Pfestroff, Jule Rode

Fotos: Fotos: B'Tselem: S.2, 6,
B'Tselem/Risa Zoll: S.4, Society of
St.Yves/Raffoul Rofa: S.6, EED: Titel, S.3, 5, 7.

Mai 2008 - pdf-Fassung, September 2009